

Karl Mai

## Zehrt Ostdeutschland die westdeutsche Wachstumskraft aus?\*

In den letzten Monaten ist die Öffentlichkeit wiederholt mit der Nachricht geschockt worden – die auch der „Spiegel“ in großer Aufmachung verbreitete –, dass die westdeutschen staatlichen Transferleistungen nach Ostdeutschland die *eigene Kernwachstumskraft* der alten Bundesländer „auszehren“.

Hierfür als ein typisches Beispiel die Auffassung von *Gabor Steingart*: „Der Preis der Einheit, von dem so häufig die Rede war, ist kein Festpreis. Er steigt von Monat zu Monat, addierte sich in den dreizehn Jahren, die seither vergangen sind, auf über 1250 Milliarden Euro. Das bedeutet ökonomisch nichts anderes, als dass der Volkswirtschaft im Westen in beträchtlichem Maße Energie entzogen wird, ohne dass ein eigener Energiekreislauf im Osten bisher in Gang kam... Der Aufbau-Ost trägt seinen Namen zu Unrecht, er ist in allererster Linie ein Aushalten-Ost und hat die Kernschmelze der gesamten Volkswirtschaft enorm beschleunigt.“ Und schließlich: „*Der Westen wurde im Zuge der Wiedervereinigung zur Kolonie des Ostens.*“ (Gabor Steingart, „Deutschland. Der Abstieg eines Superstars“, München 2004, 8. Auflage, S. 234, 241 – Hervorhebung durch K. M.)

### Kriterium sind die Netto-Transfers

Bei näherem Hinsehen schrumpfen diese brutto 1250 Mrd. Euro staatlichen Transfers auf einen *Nettobetrag* von ca. 950 Mrd. Euro zusammen, wenn man die Rückläufe von Steuern aus dem Osten an den zentralen Bundeshaushalt dagegen rechnet. Für 2003 beziffert das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) den staatlichen Netto-Transfer West-Ost auf ca. 80 Mrd. Euro.<sup>1</sup>

Die eigentlichen gezielten *Aufbauhilfen*<sup>2</sup> werden vom IWH für die Zeit von 1990 bis 2003 mit ca. 250 Mrd. Euro insgesamt angegeben. Sie betragen also für diesen langen Zeitraum nur im Durchschnitt 26,3% der staatlichen Netto-Transfers. Für 2003 schätzt das IWH diese speziellen **Ost-Aufbauhilfen** mit *investiver* Endverwendung auf ca. 15 Mrd. Euro, d.h. auf 18% der Netto-Transfers (80 Mrd. Euro).

Der relativ größte Teil der Netto-Transfers für 2003 (82%) entfällt auf *konsumtive* Endverwendung und auf „nicht eindeutig zuzuordnende“ Posten. Er umfasst u. a. Sozialtransfers, die auf der vertraglichen „Sozialunion“ von 1990 basieren und anteilig aus westdeutschen SV-Kassen sowie weiteren Zuschüssen des Bundes stammen.

Damit wird deutlich, dass die direkte jährliche **Aufbau-Hilfe** für den Osten aus dem Westen mit ca. 15 Mrd. Euro eigentlich *relativ gering* ist. Diese Hilfe hat in Wirklichkeit nur einen Teil der Finanzierungsprobleme für den Wirtschaftsaufbau, insbesondere für den öffentlichen Investitionsbedarf Ost, lösen können.<sup>3</sup>

Bisher ist ein bedeutender Teil der öffentlichen Investitionen auf Länderebene durch laufende Landesverschuldung finanziert worden, wie dies die Haushaltsgesetzgebung generell auch so vorsieht

---

\* Siehe hierzu auch: **Klaus Steinitz**, „Transfers – Ist der Osten schuld an der wirtschaftlichen Situation in Deutschland“, April 2004, in: „[www.memo.uni-bremen.de/sonstige/m1504](http://www.memo.uni-bremen.de/sonstige/m1504)“

bzw. gestattet. Inzwischen besteht eine Haushaltsverschuldung auf der ostdeutschen Länder- und Gemeindeebene (ohne Berlin) in Höhe von kumulativ 85 Mrd. Euro, die allein 2003 um 4,5 Mrd. Euro anstieg.<sup>4</sup> Die Größenordnung dieser aufgelaufenen Länderverschuldung Ost liegt bereits in Jahreshöhe der Netto-Transfers West-Ost.

### Zur „Auszehrung West durch Ost“

Doch zurück zur „Auszehrung der Kernwachstumskräfte“ in Westdeutschland durch den Netto-Transfer. Der Anteil des Netto-Transfers beträgt 2003 hinsichtlich der *Verwendung* des deutschen Bruttoinlandprodukts (= 2.129,2 Mrd. Euro) exakt 3,76%.

Nun wird argumentiert, dass die *relative* Netto-Transferleistung höher sei als der BIP-Jahreszuwachs und von daher also eine „Auszehrung“ erfolge.<sup>5</sup> Aber ist solcher Vergleich sachgerecht?

Der logische Fehler liegt hier in der Vorstellung, dass der Netto-Transfer überhaupt nur aus dem jährlichen *Zuwachs* des Bruttoinlandprodukts (BIP), speziell aus dem jährlichen Volkseinkommen, bestritten werden müsse. Anderenfalls aber sei eine „Auszehrung“ gegeben. Das ist aber eine völlig willkürliche Annahme: der Netto-Transfer vermindert nicht das laufende Volkseinkommen, sondern er verteilt einen Bruchteil davon nach den vereinbarten staatlichen Regeln bzw. Kriterien *regional* um.

Der Transfer fällt nicht aus dem Wirtschaftskreislauf hinaus (wie der Abfluss von Geldvermögen ins Ausland), sondern er fließt in den Kreislauf einer erweiterten gesamtdeutschen Ökonomie und realisiert deren gemeinsame Bruttoinlandproduktion als marktgerechte Endverwendung. (Die Höhe der gesamtdeutschen Netto-Investitionsrate ist *keine* Funktion der Transferhöhe, denn sie folgt anderen Determinationen.)

Von „Auszehrung“ kann man in der Ökonomie eigentlich erst sprechen, wenn sich die *Substanz* des vorhandenen Sachvermögens verringert und dies zur Minderung der volkswirtschaftlichen Wachstumsraten führt. Die Periode seit der Vereinigung ist aber ganz normal durch eine solche Höhe der jährlichen Bruttoinvestitionen gekennzeichnet, die stets über den Abschreibungen lag, d.h. es gab immer jährlich bedeutende Netto-Investitionen. Darüber hinaus sind enorme jährliche Zuwächse des reinen privaten Geldvermögens in Deutschland erzielt worden. Insofern ist der Ausdruck „Auszehrung der Kernkräfte“ ganz einfach eine demagogische Floskel.

### Gewinne steigen absolut und relativ

Ganz generell ist die finanzielle Investitions*fähigkeit* der deutschen Wirtschaft strukturell nicht negativ beeinträchtigt, wenn man die bekannten ökonomischen Grundtatsachen wertet. Hierzu folgendes:

1. die volkswirtschaftliche Gewinnquote ist keineswegs in Deutschland niedriger als international üblich, sondern sie ist höher als in einigen anderen Wettbewerber-Staaten;
2. die deutsche Steuerquote ist die niedrigste im EU-Durchschnitt, die deutsche Abgabenquote ist niedriger als in vielen anderen großen EU-Staaten;
3. die Belastung der Gewinne und der Kapitaleinkommen in Deutsch-

land mit Steuern ist in den letzten Jahren deutlich gesunken und niedriger als bei wichtigen europäischen Konkurrenten.

Der staatliche Transfer senkt keineswegs die bestehende Netto-Investitionsrate der Volkswirtschaft, denn auch der investive Anteil von ca. 15 Mrd. Euro geht in die gesamtdeutsche Netto-Investitionsquote ein. Der investive Transfer entspricht ca. 25% der gesamten volkswirtschaftlichen Sachvermögensbildung für 2003.

Die deutsche Wirtschaft hat seit Beginn der Wirtschaftsflaute im Jahre 2001 nicht unter „auszehrendem Kapitalmangel“ gelitten, sondern trotz der „Vereinigungslast“ einen expansiven *Kapitalabfluss* ins Ausland wie folgt erzielt: 2001 12,0 Mrd. Euro, 2002 65,2 Mrd. Euro und 2003 54,3 Mrd. Euro.<sup>6</sup> Grundlage hierfür bildeten die sprunghaft ansteigenden positiven Finanzierungssalden der Privaten Haushalte, die von 69,4 Mrd. Euro 1999 auf 125,5 Mrd. Euro 2003 hochschnellten.

Dementsprechend ist die gesamte Kreditbilanz deutscher Banken mit privaten ausländischen Banken und Nichtbanken ebenfalls mit +456,9 Mrd. Euro für den Stand zu Ende 2003 stark positiv.<sup>7</sup>

Die deutschen Unternehmen der „Nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften“ nutzen die derzeitige günstige Liquiditätslage zur Erhöhung des Eigenkapitalanteils und benötigen daher inzwischen weniger Kredite vom Bankensystem: sie haben im Jahre 2002 ein Finanzierungsüberschuss von 12,8 und 2003 von 3,7 Mrd. Euro – eine durchaus außergewöhnliche Situation, die keinerlei spezielle „Auszehung“ oder Kapitalknappheit verrät.

## Finanztransfers sichern westdeutschen Kapitalkreislauf

Es ist unter makroökonomischen Aspekten, vom Standpunkt der Kreislauftheorie *unzweifelhaft*, dass die Netto-Transfers West-Ost mit investiver und konsumtiver Endverwendung im Osten zur Realisierung jener Warenströme führen, die nach der erfolgten westdeutschen Markteroberung zur ständigen Belieferung nach dem Osten abfließen.

Damit schließt sich der westdeutsche Warenkapitalkreislauf in ganz normaler Weise über den ostdeutschen Binnenmarkt und realisiert hier seine Profite, d. h. die transferierten Gelder fließen zum größten Teil als Erlöse nach dem Westen zurück und gehen folglich den westdeutschen Unternehmen nicht verloren. Sie bilden vielmehr eine integrale Funktion für den gesamtdeutschen Kapitalkreislauf. *Siegfried Wenzel* kommentiert diese ökonomische Verklammerung wie folgt: „Für die Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft sind dank dieses staatlichen Konjunkturprogramms die objektiven Bedingungen so günstig wie in kaum einen andere entwickelten Industrieland der EU.“<sup>8</sup>

Obwohl dies kaum ernsthaft bestritten werden kann, sind jedoch manche Ökonomen nicht bereit, hieraus logische Konsequenzen zu ziehen und suggerieren eine direkte, das Wachstum mindernde Transfer-Belastung für Westdeutschlands Wirtschaft und seine Bürger als Steuerzahler. Dabei setzen sie eine fiskalische Ausgabenbelastung der öffentlichen Haushalte in Höhe der Transfers mit einer volkswirtschaftlichen Leistungsminderung gleich, ohne hierfür einen makroökonomisch stichhaltigen Beweis zu erbringen. Eine integrative Wirkung bzw. Rückkopplung positiver ostdeutscher Wachstumsraten, möglicherweise höherer als in Westdeutschland, wird ohnehin ignoriert.

## Westdeutscher „Vereinigungsgewinn“ und Finanztransfers West-Ost

Der Beginn der Nettotransfers war mit einer staatlichen Konjunkturspritze für die westdeutsche Wirtschaft vergleichbar, die zu einem andauernd höheren BIP-Niveau West, höherer Beschäftigung und damit zugleich zu einem Sprung im verfügbaren Volkseinkommen führte. **Aus diesem Zuwachs im verfügbaren Volkseinkommen West refinanziert sich der Netto-Transfer hochgradig partiell aus dem zusätzlichen westdeutschen Steuer- und Abgabenvolumen und aus fiskalischen Minderausgaben für die verminderte westdeutsche Arbeitslosigkeit.**

Das DIW gab im Jahre 2000 bekannt, dass die Transfers eine anhaltend positive Rückwirkung auf die *Niveauhöhe* des westdeutschen Sozialprodukts von plus 6 bis 7% im Jahr haben.<sup>9</sup> Unter Beachtung der volkswirtschaftlichen Abgabenquote am BIP von durchschnittlich 40% resultierten daraus jährlich hohe *Mehreinnahmen* für die öffentlichen Haushalte in Westdeutschland in den 90-er Jahren. Eine Beispielerrechnung für das Jahr 1995 ergibt einen Mehrbetrag von 42,1 Mrd. Euro.<sup>10</sup>

Das IW Köln schätze bereits zuvor den zusätzlichen Anstieg des westdeutschen Bruttosozialprodukts kumulativ bis zum Jahre 2000 auf real 145 Mrd. Euro und den daraus *direkt* anfallenden Teil der Steuermehreinnahmen auf ca. 40 Mrd. Euro.<sup>11</sup> Berücksichtigt man die aus der in Westdeutschland verminderten Arbeitslosigkeit erzielten Minderausgaben der öffentlichen Haushalte (einschließlich Sozialversicherung), so kommen gemäß IW Köln noch weitere 54 Mrd. Euro zusätzliches Selbst-Finanzierungspotential für die Transfers hinzu. Damit belaufen sich diese westdeutschen Finanzvorteile aus dem Vereinigungsboom auf ca. 94 Mrd. Euro pro Jahr und erreichen damit vergleichsweise die Höhe der effektiven Netto-Transfers West-Ost zum Zeitpunkt der IWK-Analyse.

Nach einer makroökonomischen *Simulation* des IWH hat der nachhaltige BIP-Zuwachs aus dem Vereinigungsboom in Westdeutschland hochgradig den West-Ost-Nettotransfer kompensiert und sogar überschritten. „Der ‚Vereinigungsgewinn‘ übersteigt die Transferzahlungen, die Westdeutschland zugunsten Ostdeutschland leistet (Größenordnung 150 Mrd. DM)“, fasste das IWH die Simulationsergebnisse noch im Jahre 1996 zusammen.<sup>12</sup>

Diese zusätzliche westdeutsche Bruttowertschöpfung „entspricht in etwa der Summe der im gleichen Zeitraum von West- an Ostdeutschland geleisteten Nettotransferzahlungen, ...“, wie *Ulrich Busch* in seiner Untersuchung zur ostdeutschen Transferökonomie nachwies.<sup>13</sup> (Dies besagt jedoch nicht, dass der gesamte vereinigungsbedingte BIP-Zuwachs transferiert wurde, sondern jeweils Beträge nur aus dem umverteilungsfähigen Anteil daraus.)

Dies zeigt: Ostdeutschland hängt zwar einerseits „am Tropf der Transfers West-Ost“, aber andererseits hängt das vom „Vereinigungsgewinn“ dauerhaft gestiegene BIP-Niveau West infolge der Integration des ostdeutschen Marktes, dem andauernden Lieferüberschuss von West nach Ost und den darauf beruhenden Transfers *gleichermaßen* am finanziellen Rücklauf aus diesen Transfers – der Vorteil ist also, vordergründig gesehen, beiderseitig und insofern „gesamtdeutsch“. Die verdeckte Ambivalenz besteht darin, dass die Transfers *als Folge der westdeutschen Marktdominanz* unter dem Aspekt der nunmehr erforderlichen Markterweiterung für originär *ostdeutsche* Lieferanten regionalökonomisch als eine relative „Fessel“ wirken.

## „Auszehrungs“-Demagogie ist unhaltbar

Die westdeutsche Wirtschaft kann ihren zusätzlichen ostdeutschen Absatzmarkt mit seinem hohen Transfer-Einkommen nicht schlagartig entbehren, ohne in eine zwangsläufige Absatzkrise zu gelangen. **Von den westdeutschen Unternehmerverbänden kommt folglich keine eindringliche Forderung, die staatlichen Netto-Transfers zu eliminieren.** Insofern sind sie auch nicht daran interessiert, deren Grundlage – die noch bestehende große „Produktionslücke“ (Differenz von Endverwendung und BIP für Ostdeutschland) in Höhe von derzeit 68,8 Mrd. Euro oder ca.30% des ostdeutschen BIP<sup>14</sup> – rasch zu schließen.

Realwirtschaftlich erfolgt auch infolge der innerdeutschen *Abwanderung* von Ost nach West ein Transfer von Arbeitskräftepotentialen und Humankapital nach Westdeutschland, der bedeutende Größenordnungen erreicht hat und der sich in den letzten Jahren erhöhte. Indem die westdeutsche Wirtschaft diesen innerdeutschen Zustrom integriert und in ihrer Wertschöpfung nutzbar verwendet, gewinnt sie einen laufenden BIP-Zuwachs beachtlicher Dimension.

Eine grobe Überschlagsrechnung zeigt: Die Abwanderung von jeweils 100.000 Einwohnern Ost im arbeitsmarktgerechten Alter bringt einen potenziellen BIP-Zuwachs *je Jahr* von ca. 2,6 Mrd. Euro in Westdeutschland. Im Zeitraum seit der Vereinigung kumuliert dieser Effekt, bezogen auf die laufend ansteigende Gesamtzahl der Abwanderung Arbeitsfähiger, auf eine offiziell nicht genannte, aber beachtliche BIP-Höhe. Dies spiegelt gleichsam den laufenden westdeutschen „Vereinigungsgewinn“ aus dem abgewanderten humanitären nutzbaren Potenzialzuwachs, der die West-Ost-Transfers stützt und regeneriert.

Außerdem: Gegenwärtig arbeiten ca. 400.000 Arbeiter und Angestellte aus Ostdeutschland in den alten Bundesländern als *Pendler* und produzieren dort jährlich etwa 10 Mrd. Euro westdeutsches Bruttoinlandsprodukt. Es erscheint diese BIP-Leistung aber statistisch als Teil der ostdeutschen „Produktionslücke“, weil die Arbeitsnettoeinkommen in den neuen Bundesländern verzehrt werden.

Etwa 37 Mrd. Euro werden in den öffentlichen Haushalten Westdeutschlands für Pensionen und Beihilfen und Unterstützungen für ehemalige Beamte bereitgestellt. Sie werden aus den laufenden Steuern finanziert. Wenn etwa 10 Prozent des Steueraufkommens aus den neuen Bundesländern kommt, ist das ein indirekter, verdeckter „Sozialtransfer“ von 3,7 Mrd. Euro von *Ost nach West*. (In Ostdeutschland gibt es gegenwärtig noch keine pensionierten Beamten.)

Ähnliche Wirkungen haben die in Ostdeutschland erbrachten F-&E-Leistungen, sofern sie keine innovative Nutzung in der ostdeutschen mittelständischen Wirtschaft finden können und daher auf Investoren in Westdeutschland angewiesen sind. Hier geht der ostdeutschen potentiellen Wertschöpfung das reale Zuwachspotential verloren.

Ebenso verhält es sich mit den bekannten Mechanismen der Gewinnübertragung von ostdeutschen Filialunternehmen an ihre westdeutschen Mutterkonzerne – sei es über höhere Vorleistungspreise oder niedrigere Verrechnungspreise für die konzerninternen Lieferbeziehungen von bzw. nach Westdeutschland.

Schließlich bilden auch die Verkäufe von staatlichen ostdeutschen Boden- und Waldflächen an Private aus Westdeutschland eine zwar untergeordnete, aber beständige Einnahmequelle für den Bundeshaushalt aus der „Kolonie Ostdeutschland“<sup>15</sup> (Fritz Vilmar).

*Dies alles dürfte dann das direkte Gegenteil von „Auszehrung“ des Westens durch den Osten sein. Allein der hohe fortbestehende Selbstfinanzierungsgrad der Transfers aus dem zusätzlichen westdeutschen „Vereinigungsgewinn“ schließt diese Auszehrungsthese in volkswirtschaftlichem Sinne bereits aus.*

*Folglich ist die These von der „auszehrenden“ Vereinigungslast der Netto-Transfers im Kern des Sachverhalts unhaltbar.*

Zwar führt die Politik der Austrocknung (= „Konsolidierung“) der westdeutschen öffentlichen Haushaltsausgaben am Ende zu der verbreiteten Anfälligkeit durch die demagogische Suggestion von der finanziellen „Auszehrung West durch Ost“ – eine neoliberale Verneblung der Wirklichkeit im Interesse des Kapitalprofits. Die Politik der Steuersenkungen auf Einkommen und Gewinne, die für 2004 zu Entlastungen um 15,2 Mrd. Euro und für 2005 zur weiteren Entlastung um 6,2 Mrd. Euro führen soll, lässt jedoch keineswegs darauf schließen, dass der Staat die Steuern für eine weitere Transfer-Finanzierung „West – Ost“ objektiv oder potenziell nicht mehr aufbringen könnte.

### Weshalb Druck auf die Finanztransfers?

In Wirklichkeit löst die aktuelle fiskalische Konsolidierungspolitik immer neue Zwänge aus, die West-Ost-Transfers zu reduzieren, um die Haushaltsausgaben von Bund und Ländern noch kürzen zu können. Es sind dies aber Gründe, die nichts mit einer chronischen „Auszehrung West“ zu tun haben – es geht hierbei allein um weitere Steuersenkungen im Kapitalinteresse, die durch die Ausgabenminderungen für das bereits hoch verschuldete Ostdeutschland – z. B. bei den Kosten der Arbeitslosenhilfe – kompensiert oder refinanziert werden sollen.

Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt die vom Arbeitskreis um *Klaus v. Dohnanyi* aktuell angestoßene Debatte um die Reduzierung der Wirtschaftshilfe „in der Fläche Ost“ ihren fiskalischen Sinn.<sup>16</sup> Ohne die Transfers künftig aufzustocken, um die „Wachstumskerne Ost“ besser fördern zu können, soll durch Einsparungen „in der Fläche“ großer Landesteile lediglich eine Umschichtung in der Fördermittelverwendung erzwungen werden, die rasch zur weiteren dramatischen *Auszehrung* ostdeutscher Subregionen führen würde.

Am Ende wird klar: die neoliberale Finanzpolitik heizt die innerdeutschen Verteilungskämpfe in nie gekannter Weise an und missbraucht die mediale *Suggestion* einer westdeutschen „Auszehrung“ durch Ostdeutschland. Hierfür ergänzend noch folgendes drastische Beispiel:

Im „**Handelsblatt**“, der tonangebenden deutschen Wirtschaftszeitung, hat Chefredakteur *Bernd Ziesemer* am 30.6.04 seine Sicht auf Ostdeutschland verkündet: „Ganz Ostdeutschland ist inzwischen wie ein Unternehmen mit gewaltigen Überkapazitäten: Wohnungen, die niemand braucht, Straßen, die keiner befährt, Flughäfen, die vergeblich auf Passagiere warten. Angebote ohne Nachfrage, wohin man schaut. Viele Städte schrumpfen bereits, doch die Politiker aller Parteien schüren den Kinderglauben, dass sich die Geschäfte schon noch füllen und die Industrieparks irgendwie rentieren werden. Diese Illusionen behindern eine realistische Wirtschaftsagenda im Osten.“ Und er befürwortet die diskutierte Einschränkung der bisherigen Ost-Förderung „in der Fläche“ mit folgender Empfehlung: „Regionen ohne wirtschaftliche Perspektive müsste der Staat dagegen seine Hilfe entziehen, weil sie eine sinnlose Last für die anderen ist.“

Im *Grundgesetz* der Bundesrepublik Deutschland heißt es: „Die Deckungsbedürfnisse des Bundes und der Länder sind so aufeinander abzustimmen, dass ein billiger Ausgleich erzielt, eine Überbelastung der Steuerpflichtigen vermieden und **die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet gewahrt wird.**“ (GG, Art. 106, (3), Abs. 2)

Sollte man die „Regionen ohne wirtschaftliche Perspektive“ in einen einzigen großen Naturpark umwandeln und von einem „Schutzzaun“ umgeben lassen, der die „sinnlose Last“ („Handelsblatt“) gegen die Erfolgsregionen **abgrenzt**? Diese Frage wurde jetzt auch in einer Talk-Show provozierend an einen ostdeutschen Politiker gerichtet.

## Selbsttäuschung der Fiskalsanierer

Infolge der neoliberal dominierten Rahmenbedingungen ist die deutsche Wirtschaftspolitik nicht imstande, die wieder auseinanderklaffende Schere in der *BIP-Leistung je Kopf* in West und Ost durch *aktive Förderpolitik* zu schließen und damit die noch bestehende hohe „Produktionslücke West-Ost“ sowie die abgeleiteten Netto-Transferleistungen letztlich wesentlich zu reduzieren. Ein strategischer Plan für einen Durchbruch beim weiteren Aufhol- und Angleichungsprozess in der ostdeutschen Wertschöpfung an das westdeutsche Niveau besteht seitens der Bundesregierung bislang nicht.

Es wäre jedoch eine *Illusion* anzunehmen, dass dem Fiskus bei Fortführung des gegenwärtigen eng begrenzten Fördervolumens deutlich geringere anhaltende Belastungen erwachsen würden als für den Fall eines noch *höheren* investiven Transfers zwecks energischer Forcierung der ostdeutschen Aufholprozesse. Erinnert sei daher auch an die Worte von *Wolfgang Thierse* aus dem Jahre 2001: „Wer diese langfristige Aufholtendenz als Kern eines Leitbildes aufgibt, gibt Ostdeutschland ökonomisch auf! Die Alternative hieße dann: Abwanderung, sehr hohe Unterbeschäftigung auf Dauer, besonders starke Überalterung der Bevölkerung, qualitative Erosion der Wirtschaftsstruktur, hoher Transferbedarf...“<sup>17</sup>

Einige Politiker beginnen allmählich zu begreifen, was das wirtschaftliche Zurückfallen der neuen Bundesländer infolge des Abbruches des „Aufholprozesses Ost“ uns künftig noch gesamtgesellschaftlich kosten wird.

In den Jahren von 1999 bis 2003 gingen die gesamten Anlageinvestitionen in den neuen Bundesländern um 20 Mrd. Euro auf 75% zurück. Gleichzeitig sanken auch die realen Wachstumsraten des BIP von 2,6% auf 0,2% ab (auf Preisbasis 1995).<sup>18</sup>

Die Bundesregierung sollte eine nachprüfbare Bilanz beider Strategien – weiter so ins „Mezzogiorno Ost“, oder aber Rückkehr zur „Aufholjagd Ost“ – vorlegen, um die historisch zwingende Alternative für die ostdeutsche *Forcierung der Wertschöpfung* im Zuge der Regionalförderung begründen und optimieren zu können.

---

<sup>1</sup> IWH, Pressemitteilung vom 7.7.2004

<sup>2</sup> Das IWH gebraucht diesen Begriff „Aufbauhilfen“ im Sinne von direkten Bundeszuweisungen (BEZ) von Mitteln für öffentliche Investitionen und außerdem für „GA-Förderung“ mit Mischfinanzierung Bund/Länder.

- 
- <sup>3</sup> Vergl. hierzu auch die Angaben bei Karl Mai/Klaus Steinitz, „Ostdeutschland auf der Kippe“, in „Supplement der Zeitschrift Sozialismus“ 1/2004, S. 32 ff.
- <sup>4</sup> Bundesbankbericht Nr. 6/2004. S. 55\*, 56\*
- <sup>5</sup> Tatsächlich ist auch der absolute Zuwachs des Volkseinkommens zwischen 1999 und 2003 mit durchschnittlich 26,1 Mrd. Euro weitaus geringer als der Nettotransfer von gegenwärtig ca. 80 Mrd. Euro für 2003.
- <sup>6</sup> Bundesbankbericht, a.a.O., S 47
- <sup>7</sup> Bundesbankbericht, 6/2004, Statistik, S. 28\* +29 \* :
- <sup>8</sup> Siegfried Wenzel, „Was kostet die Wiedervereinigung?“, Verlag Das Neue Berlin 2003, S. 92
- <sup>9</sup> DIW, Vierteljahresheft 2/2000, S. 202
- <sup>10</sup> Beispielrechnung *für 1995* wie folgt: Westdeutsches BIP 1.573,1 Mrd. Euro, darin Wachstumsgewinn 6,5% und bei einer Abgabenquote von 41,2%, ergibt 42,1 Mrd. Euro Mehreinnahmen im öffentlichen Haushalt.
- <sup>11</sup> Nach Angaben bei Ulrich Busch, „Am Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft“, trafo Verlag Berlin 2002, S. 345, Fußnote 202
- <sup>12</sup> IWH, „Wirtschaft im Wandel“, 13/1996, S. 2
- <sup>13</sup> Vergl. hierzu: Ulrich Busch, „Am Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft“, trafo Verlag Berlin 2002, S. 350; 345 mit Fußnote 202
- <sup>14</sup> IWH, „Wirtschaft im Wandel“, 8/2004, S. 235, Tabelle A2
- <sup>15</sup> Dümke/Vilmar (Hrsg.) „Kolonisierung der DDR“, agenda Verlag Münster, 3. Auflage 1996
- <sup>16</sup> Siehe auch die erste Stellungnahme der Memo-Gruppe zum *Entwurf* des Dohnanyi-Papiers vom April d. J. unter „[www.memo.uni-bremen.de/sonstige/m1904](http://www.memo.uni-bremen.de/sonstige/m1904)“
- <sup>17</sup> Wolfgang Thierse, „Zukunft Ost“, Rowohlt Berlin 2001, S. 98
- <sup>18</sup> IWH, „Wirtschaft im Wandel“ 8/2004, S. 235 Tabelle A2